

Festgefahrene Klimapolitik

«Zu viele Ressourcen können auch ein Fluch sein»

Schweiz Dossier: [Der Klimawandel und die Folgen](#) Donnerstag, 29. November



195 Staaten verhandeln derzeit in Katar über die Zukunft der Klimapolitik. Einen Konsens zu finden, ist äusserst schwierig. Der Klimaökonom Lucas Bretschger ist der Ansicht, dass in Grundfragen rasch eine Einigung zu erzielen wäre.

Markus Hofmann

Das Kyoto-Protokoll ist ein Kernstück der internationalen Klimapolitik. Es verpflichtet Industrieländer, zwischen 2008 und 2012 die Treibhausgasemissionen zu senken. Ob das Ziel erreicht werden wird, wird sich 2014 zeigen; dann liegen die definitiven Emissionszahlen vor. Das Kyoto-Protokoll ist allerdings auch äusserst umstritten. Einige Länder können sich nicht damit abfinden, dass sie Emissionen reduzieren müssen. So ist Kanada letztes Jahr aus dem Kyoto-Protokoll ausgetreten. Und andere Staaten wie Russland oder Japan wollen keine weitere Verpflichtungsperiode eingehen. Von vielen Klimaschützern wird das Kyoto-Protokoll daher als schwach gewertet. Es habe nichts oder zu wenig zur Senkung der Emissionen beigetragen, lautet die Kritik. In der Tat: Die globalen CO₂-Ausstösse wachsen seit Jahren.

Positiv – aber ungenügend

Lucas Bretschger, Professor für Ressourcenökonomie am Center for Economic Research an der ETH Zürich sowie in der Vergangenheit Mitglied der Schweizer Delegation an Uno-Klimakonferenzen, zieht im Gespräch trotzdem ein positives

Fazit. «Das Kyoto-Protokoll war erstaunlich erfolgreich in einem politisch sehr schwierigen Gebiet. Es wurde eine Vielzahl von Regeln geschaffen, die weiter Bestand haben werden», sagt Bretschger. Dies sei nicht selbstverständlich: «Schon auf der nationalen Ebene bereitet es grosse Schwierigkeiten, eine vernünftige Umweltpolitik zu betreiben. Dies trifft erst recht auf die internationale Ebene zu. Der Klimawandel wird uns in der Zukunft Probleme bereiten; handeln müssen wir aber bereits jetzt. Dies stellt die Politik vor enorme Herausforderungen. Der Klimawandel ist wohl eines der schwierigsten politischen Probleme, die wir zu bewältigen haben.»

Das Grundübel des Kyoto-Protokolls sei die Zweiteilung der Welt, die es geschaffen habe, sagt Bretschger: hier die Industrieländer (mit Ausnahme der USA), die Emissionen reduzieren müssen, dort die teilweise stark wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländer wie China und Indien, die keine solchen Verpflichtungen zu schultern haben. Dass es Ländern möglich sei, dem Kyoto-Protokoll so ohne weiteres den Rücken zu kehren, wie dies Kanada getan habe, sei ebenfalls störend. Hier müsse man in Zukunft strengere Regeln vorsehen, findet Bretschger.

Trotz der positiven Bilanz, die Bretschger aufstellt, betrachtet er die Bemühungen aber insgesamt als nicht genügend: «Wenn dies alles war, hat es nichts gebracht. Das Kyoto-Protokoll kann man lediglich als eine erste Phase verstehen. Wir müssen nun dranbleiben. Klimapolitik ist ein langwieriger Prozess. Es ist verständlich, wenn die Politiker die Geduld verlieren. Doch es braucht mehr Zeit.»

Zu viele Detailfragen

Es ginge nun darum, die guten Elemente der internationalen Klimapolitik weiterzuentwickeln, sagt Bretschger. Deshalb sei es wichtig, dass an der laufenden Klimakonferenz in Katar zumindest für einige Staaten eine zweite Verpflichtungsperiode aufgelegt werde, bis ein neues Klimaregime auf die Beine gestellt ist. 2015 will die Staatengemeinschaft einen neuen Klimavertrag beschliessen, der 2020 in Kraft treten soll. Dies wurde letztes Jahr an der Klimakonferenz in Durban entschieden.

Um das Grundübel des Kyoto-Protokolls zu beseitigen, müsse es gelingen, alle Staaten an einen Tisch zu bringen und Regeln zu finden, die für alle gelten, sagt Bretschger. Statt sich weiterhin in vielen Arbeitsgruppen über Zahlen und Detailfragen zu streiten, schlägt er vor, dass man sich zunächst auf wenige Prinzipien einigen soll, wie das restliche CO₂-Budget aufgeteilt werden soll. Derzeit berechnen Wissenschaftler, wie viel Kohlendioxid bis 2050 ausgestossen werden kann, um das von der Weltgemeinschaft bestimmte 2-Grad-Ziel nicht zu gefährden.

Fairness für alle

Bretschger hegt die Hoffnung, dass es möglich sein wird, sich über Prinzipien der Verteilung zu einigen. Da es dabei Verlierer geben werde, müsse der Klimavertrag insgesamt als fair betrachtet werden: «Die einzelnen Staaten – allen voran China, Indien und die USA – müssen den Eindruck gewinnen, dass die anderen Länder auch etwas tun und dass sie selber nicht übermässig gefordert sind.»

Folgende drei Prinzipien erachtet Bretschger als konsensfähig: «Erstens wird allgemein akzeptiert, dass derjenige, der über mehr Möglichkeiten verfügt, auch mehr beitragen soll. Wir nennen dies das <ability to pay>-Prinzip. Zweitens sollen Kosten, die die Politik verursacht, proportional verteilt werden. Und drittens findet das Verdienstprinzip (desert principle) breite Unterstützung: Wenn sich jemand mehr anstrengt, soll er auch mehr erhalten.»

Hat man sich auf diese drei Prinzipien geeinigt, muss man sie gewichten. Bretschger lehnt eine gleichmässige Verteilung des Budgets für verbleibende Treibhausgasemissionen pro Kopf der Bevölkerung ab: «Das wäre eine statische Sicht. Wir leben aber in einer dynamischen Welt. Es findet ein technischer Fortschritt statt. Bereits heute gibt es CO₂-effiziente Technologien, und diese werden weiter verbessert.»

Fortschritt hilft allen

Bretschger kritisiert die Haltung, die von vielen Schwellen- und Entwicklungsländern eingenommen wird. Diese fordern, dass auch in Zukunft vor allem die Industriestaaten Emissionen reduzieren müssten, da sie ihre CO₂-Budgets vom Beginn der industriellen Revolution bis heute nahezu aufgebraucht hätten. Die Schwellen- und Entwicklungsländer hingegen sollen sich mehr oder weniger frei entwickeln und daher den Grossteil des verbleibenden CO₂-Budgets in Anspruch nehmen dürfen. Doch eine solche Betrachtung berücksichtige nicht, dass der technische Fortschritt auch den Schwellen- und Entwicklungsländern helfe, sagt Bretschger.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer setzten stark auf Kohle als Energieträger, stellt er fest. Kohle sei zwar gegenwärtig günstig. Doch langfristig würde sich eine weniger CO₂-intensive Industrie lohnen. «Es ist nicht sehr klug, wenn die Schwellen- und Entwicklungsländer in eine Richtung gehen, die ohnehin bald verlassen wird. Es ist auch nicht so, dass es nur die Energie ist, die das Wachstum ankurbelt. Im Gegenteil: Zu viele Ressourcen können auch ein Fluch sein», sagt Bretschger.

Es sei die Technologie, die das Wachstum fördere: «Es ist richtig, dass die Klimapolitik statisch gesehen Kosten verursacht. Doch unter einem dynamischen Blickwinkel bietet sie Vorteile und Potenziale.» Bretschger hofft,

dass dies nicht nur die Politik, sondern vor allem auch die Wirtschaft erkennt: «Letztlich hängt es an der Wirtschaft: Wenn diese die Vorteile und Potenziale erkennt, die eine zweckmässige Klimapolitik bietet, dann ist der politische Konsens viel einfacher zu erreichen.» Zurzeit gebe es aber in der Wirtschaft noch immer eine Strömung, die mehr Probleme sehe als Lösungen. Bretschger bedauert dies. Denn wenn die Wirtschaft noch mehr in Cleantech investieren würde, könnte sich dies durchaus zu einem Standortvorteil entwickeln.

Mehr zum Thema ««Zu viele Ressourcen können auch ein Fluch sein»»

KLIMAKONFERENZ: Die Suche nach einem ambitionösen Klima-Fahrplan

KLIMAERWÄRMUNG: Das Zwei-Grad-Ziel ist gemäss Berechnungen kaum noch einzuhalten

BERATUNGSORGAN: Für eine unabhängige und ehrgeizige Klimapolitik

KOMMENTARE

Neuen Kommentar hinzufügen

[Einloggen](#)

Geben Sie hier Ihren Kommentar ein.

[Einloggen](#)